

### **Einwohnerfragestunde**

(vor Beginn der Tagesordnung im öffentlichen Teil)

**Herr Krüger** erklärte, dass die Bewohner der südlichen Weststadt sowie der Ortsteile Beinhorn und Heeßel die starke Befürchtung hätten, dass sie, wenn die Veränderungssperre vom Rat beschlossen werde, zukünftig von der Nahversorgung abgehängt würden. Die heute in sehr großer Anzahl erschienenen Zuhörer wollten sich deshalb dafür einsetzen, dass die beiden Tagesordnungspunkte von der Ratssitzung abgesetzt werden, um zu vermeiden, dass der Investor, der einen Verbrauchermarkt mit einer Fläche von 2.500 m<sup>2</sup> errichten wolle, von vornherein abgeblockt werde. Die betroffenen Anwohner stellten sich die Frage, warum mit so großer Eile in der heutigen Sitzung eine Entscheidung getroffen werden solle und aus welchem Grunde die Wohnbevölkerung nicht im Vorfeld bei einer Entscheidung mit einbezogen werde.

**Herr Stephan** erklärte, dass es sicherlich einen besseren Einzelhandelsstandort als „An der Mösch“ gebe. Das Argument, dass dadurch Kaufkraft für die Innenstadt verloren gehe, sei aber nicht stichhaltig. Schon bisher hätten die Anwohner ihre Einkäufe zum großen Teil im Plus-Markt getätigt. Für einen wesentlich kleineren als „An der Mösch“ geplanten Supermarkt werde man keinen neuen Investor finden, da der Trend allgemein zu immer größeren Einzelhandelsflächen von mehr als 1.000 m<sup>2</sup> gehe. Die Bürger erwarteten vom Rat Antworten dazu, wie die entstehende Versorgungslücke in der südlichen Weststadt möglichst schnell geschlossen werden könne.

**Herr Kohl** erinnerte daran, dass der Rat im letzten Jahr beschlossen habe, die Schlosskonzerte auf den Kulturverein Scena zu übertragen. Ein entsprechender Vertrag mit der Stadt Burgdorf sei abgeschlossen worden, die Konzerte würden mit großem Erfolg durchgeführt. Der Verein Scena würde sich freuen, wenn sich die Mitglieder des Rates von dem Angebot in Burgdorf und damit von der Steigerung der kulturellen Lebensqualität persönlich überzeugen könnten.

Dazu überreichte **Herr Kohl** dem Ratsvorsitzenden 33 Eintrittskarten für die Mitglieder des Rates.

**Herr Pera** erkundigte sich, ob der Verwaltung Anhaltspunkte vorliegen würden, aus welchem Grunde die Fa. Plus diesen attraktiven Standort in der Weststadt verlassen wolle.

**Bürgermeister Baxmann** erklärte, dass er vollstes Verständnis für das Anliegen der Bürger habe und dass sich Rat und Verwaltung dieses Anliegen zu Eigen machten. Es gehe darum, mit dem heutigen Beschluss die Nahversorgung in der Weststadt zu sichern. Dabei gebe es sicherlich unterschiedliche Auffassungen über den Weg. Es sei allerdings verfehlt, in einer Art Paniksituation eine Entscheidung über einen Standort zu treffen, der aus Sicht aller Fachleute ungeeignet sei.

Die bei der Verwaltung eingegangene anonyme Anfrage einer Architektengruppe habe zum Inhalt, dass dort kein reiner Nahversorger, sondern neben Lebensmitteln zugleich auch Drogerie- und Textilwaren angeboten werden sollen. Es mache keinen Sinn, eine solche Ansiedlung an diesem nicht integrierten Standort zuzulassen, weil dies dem Ziel der Entwicklung einer attraktiven Innenstadt entgegenstehen würde. Es müsse letztlich auch das Interesse der Bürger aus der Weststadt sein, die Innenstadt als attraktiven Einkaufsstandort zu erhalten und nicht an den Rändern zu einer Schwächung derselben beizutragen. Die Verwaltung sei derzeit intensiv damit beschäftigt, am derzeitigen Standort eine Nachfolgenutzung zu ermöglichen oder an einem neuen Standort einen Nahversorger für die Weststadt zu gewinnen. Damit der Verwaltung nicht die Zeit davon laufe und möglicherweise ein Investor einen Bauanspruch für die Fläche „An der Mösch“ anmelden könne, sei es dringend erforderlich, in der heutigen Ratssitzung eine Veränderungssperre zu beschließen. Erst dadurch werde man in die Lage versetzt, mit anderen Partnern ins Gespräch zu kommen. Wenn man im Übrigen davon ausgehe, dass ein Investor das Projekt „An der Mösch“ frühestens in ei-

nem Jahr realisieren würde, bedeute dies, dass Kinder und insbesondere die älteren Bürgerinnen und Bürger mindestens noch die nächsten drei Jahre die stark befahrene B 188 queren müssten.

**Bürgermeister Baxmann** appellierte an die Mitglieder des Rates, in der heutigen Sitzung die Veränderungssperre für den Bereich Mösch zu beschließen, damit die Verwaltung überhaupt in die Lage versetzt werde, sich für einen Nahversorger in der Weststadt einzusetzen. Derzeit werde von der Verwaltung ein Einzelhandelskonzept erarbeitet, das dazu dienen solle, Fehlentwicklungen von vornherein zu verhindern und u. a. Standorte für eine mögliche Nachversorgung festzulegen. Rat und Verwaltung würden dabei die Gesamtperspektive für die ganze Stadt berücksichtigen, aber auch das Interesse der Anwohner an einem Nahversorger vor Ort mit Nachdruck verfolgen.

**Eine Bürgerin** erkundigte sich danach, ob man eine Veränderungssperre auch wieder rückgängig machen könne und welche Alternativen die Verwaltung habe, wenn die Veränderungssperre beschlossen werden sollte.

**Bürgermeister Baxmann** erklärte, dass man nach wie vor die Hoffnung einer Nachnutzung vor Ort habe. Andererseits gebe es aber auch noch geeignete Flächen, die zentral genug in der Weststadt liegen würden, um hier einen Nahversorger anzusiedeln.

**Herr Krüger** beklagte sich noch einmal darüber, dass hier eine Bürgerbeteiligung nicht vorgesehen sei. Die Bürger der Weststadt würden gezwungen, in der Innenstadt einkaufen zu müssen und die entsprechend weiten Wege in Kauf zu nehmen. Insbesondere Frauen hätten z. B. Angst durch die Eisenbahnunterführung zu gehen.

**Bürgermeister Baxmann** machte deutlich, dass die heutige Ratssitzung mit der Einwohnerfragestunde dazu diene, die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Erst seit kurzem habe man wieder Nachfrage nach Einzelhandelsflächen in der Innenstadt, auch wenn einige Läden leer stünden. Es könne nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Burgdorf liegen, eine Austrocknung des Stadtkerns zuzulassen. Die Innenstadt sei seit vielen Jahren mit hohen Investitionen und zahlreichen Sanierungsmaßnahmen aufgewertet worden. Der vorhandene Einzelhandel sei vorbildlich.

**Ein Bürger** berichtete, dass das Gebiet „An der Mösch“ ursprünglich als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen war. Dies wurde dann später aufgegeben, als man dort ein Gewerbegebiet eingerichtet hatte. Von Seiten der Umweltschutzabteilung habe er dazu allerdings keine genauen Informationen bekommen können.

**Bürgermeister Baxmann** führte aus, dass seines Wissens in den 70-iger Jahren das Gewerbegebiet im Zusammenhang mit dem Bau eines Autohauses an dieser Stelle entwickelt worden sei. Die Gründe für die damalige Entscheidung seien ihm allerdings nicht bekannt.

**Herr Piradar** äußerte sein Unverständnis darüber, dass die Verwaltung mit einer Entscheidung nicht noch vier Wochen warten könne. In der Zwischenzeit sollte es doch möglich sein, Informationen über den Investor zu bekommen. Generell sei die Weststadt durch die unsägliche Verkehrssituation mit Hochbrücke und Bahn von der Kernstadt abgeschnitten. Großmärkte seien an der Peripherie der Stadt entstanden. Wegen der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft sollten vor allem ältere Bürger die Möglichkeit haben, einkaufen zu können. Auch in der Innenstadt werde mit der Neuansiedlung auf dem Postgelände ein weiterer Lebensmittelmarkt entstehen. Das Interesse des Investors sollte grundsätzlich ernst genommen werden, genau wie die Interessen der Anwohner aus der Weststadt. Es sei nicht richtig, durch die Veränderungssperre den Investor dort zu verhindern. Vielleicht ließe sich auf dem Verhandlungswege auch ein anderer Standort finden.

**Bürgermeister Baxmann** machte noch einmal deutlich, dass Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung bedeute, nicht aus einer kurzfristigen Betrachtung heraus einen Standort festzuklopfen, der der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung später schweren Schaden zufüge. Die

Kaufkraft werde dadurch aus der Innenstadt an die Ränder verschoben, was nicht gewollt sein könne.

**Herr Pilgrim** sprach sich nachdrücklich gegen eine Fremdbestimmung durch auswärtige Firmen aus. Es müsse alles getan werden, dass die Innenstadt durch eine solche Maßnahme nicht veröde. Die Politik werde alles tun, damit in der Weststadt wieder ein Nahversorger angesiedelt werde. Es sei allerdings die freie Entscheidung der Unternehmen zu bestimmen, wo sie ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen würden. Die Stadt habe hier keine Möglichkeit bestimmte Standorte vorzuschreiben.

**Herr Pera** drohte im Namen der 3.500 Einwohner aus der Weststadt den Firmen mit Kaufkraftentzug.

**Stadtbaurätin z. A. Gottlieb** hob noch einmal hervor, dass es bei der Bauvoranfrage um eine Fläche von 2.500 m<sup>2</sup> für Lebensmittel, Drogerie- und Textilartikel gehe. Dies sei ein großflächiger Einzelhandel und kein kleiner Nahversorger. Bei einer solchen Bauvoranfrage sei es für die Verwaltung nur möglich, mit Ja oder Nein zu antworten. Ein Zögern bei derartigen Entscheidungen könnte zu Schadensersatzforderungen seitens des Investors führen, in einer Höhe, die die Stadt Burgdorf nicht zu zahlen in der Lage wäre. Nach dem Baurecht gebe es bestimmte Fristen, die zwingend eingehalten werden müssten. Die Veränderungssperre sei ein Planungsinstrument, das es möglich mache, ein Vorhaben zu verhindern, wenn die von Stadt und Politik vorgegebenen Planungsziele beeinträchtigt würden. Das, was vom Investor angefragt werde, entspreche nicht dem städtebaulichen Ziel und sei auch keine Nahversorgung. Die Stadt Burgdorf sei dabei, ein Einzelhandelskonzept zu entwickeln. Dieses werde unter Beteiligung des Einzelhandels und auch der Bürgerinnen und Bürger intensiv diskutiert. Erst dieses Konzept werde der Stadt Steuerungsmöglichkeiten in die Hand geben. Die Stadt wolle sich nicht mit ihrer Stadtentwicklungsplanung den großen Unternehmen ausliefern. Die Verwaltung stehe zur Zeit noch in intensiven Verhandlungen hinsichtlich einer Nachnutzung am vorhandenen Standort. Aber auch mögliche weitere Standorte, die baurechtlich noch zu entwickeln wären, seien allemal besser als der vom Investor angefragte Standort „An der Mösch“. Das Instrument der Veränderungssperre gebe der Verwaltung die Möglichkeit, die Anfrage negativ zu bescheiden. Im Rahmen des Einzelhandelskonzepts werde dann zusammen mit allen Beteiligten über neue und mögliche Standorte für die Nahversorgung nachgedacht.

**Herr Fleischmann** erklärte, dass, wenn die Verwaltung ihre eigenen Argumente erst genommen hätte, man das Edeka-Einkaufszentrum in Burgdorf Nordwest niemals hätte genehmigen dürfen, da dort sehr viel Kaufkraft abfließe. Das Interesse eines Investors müsse in jedem Fall ernsthaft geprüft werden. Die beschwichtigenden Auskünfte von Seiten der Verwaltung und der Hinweis auf das noch zu entwickelnde Einzelhandelskonzept seien für die Bürger unbefriedigend. Er spreche sich deshalb dafür aus, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und im Bauausschuss nochmals zu diskutieren. Es seien noch nicht alle Argumente ausgetauscht und es bestehe die Gefahr, dass die Weststadt und Heeßel auf Dauer von der Nahversorgung abgeschnitten würden.

**Frau Weilert-Penk** verwies auf den sehr sachlich vorgetragenen Redebeitrag der Bauamtsleiterin und appellierte an die Mitglieder des Rates, diese Linie mitzutragen. Bei allem Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger aus der Weststadt gehe es darum, dass sich die Politik im Rahmen der Städteplanung von den Entscheidungen von Großunternehmen unabhängig mache. Auch wenn die Bürger in der Weststadt Angst hätten zukünftig keinen Nahversorger mehr zu haben, seien sie sich doch darüber im Klaren, dass der Standort „An der Mösch“ nicht geeignet sei.